

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR KULTUR,
BILDUNG UND SOZIALES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
26. KBS 2014-2020
Sitzungsdatum:
29.04.2020

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 29.04.2020

Unter dem Vorsitz von Dr. Sascha Derichs versammelte sich heute um 17:00 Uhr im Pädagogischen Zentrum der Stadt Übach-Palenberg, Comeniusstr. 16-18 der

Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2020
2. Offene Ganztagsgrundschule
hier: Satzung über die Erhebung von Teilnahmebeiträgen
3. Straßenbenennungen in Marienberg
4. Erweiterungen zur Tagesordnung
5. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

6. Erweiterungen zur Tagesordnung
7. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Sven Bildhauer	SPD
Herr Bernhard Brade	CDU
Frau Claudia Burghardt	SPD
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD
Herr Lars Kohnen	CDU
Herr Dietmar Lux	CDU
Herr Wolf-Sören Radtke	CDU
Herr Heinrich Schmalen	SPD
Herr Artur Wörthmann	CDU

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Heinrich-Josef Frings UWG
Frau Monika Lux CDU
Frau Angela Suchan-Reinhardt Bündnis 90/ Die Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Frau Sibille Breiler CDU
Herr Manfred Ehmig SPD
Herr Josef Switalla CDU
Frau Marion Wissing B'90/Die Grünen

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Schulleiter René Heeg KGS Scherpenseel
Herr Schulleiter Hans Münstermann Carolus-Magnus-Gymnasium

Abwesende Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Schulleiterin Heike Egner-Walter Lindenschule Boscheln
Frau Schulleiterin Martina Eichler GGS Palenberg
Herr Schulleiter Stephan Gericke Willy-Brandt-Gesamtschule
Frau Schulleiterin Monika Mattke Städt. Realschule
Frau Schulleiterin Irmgard Pollex KGS Übach
Frau Schulleiterin Elisabeth Schaffrath GGS Frelenberg
Herr Gerd Schindler, Vertreter der ev. Kirche

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Stadtoberrechtsrat Marius Claßen
Herr Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Stadtverwaltungsrat Dieter Gudehus
Frau Stadtamtsrätin Maike Heinen
Herr Stadtamtman Thomas de Jong
Herr Verwaltungsangestellter Thomas Lohren
Frau Stadtamtsinspektorin Martina Waliczek

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Jutta Gündling

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** alle anwesenden Ausschussmitglieder, Vertreter der Schulen, Verwaltungsbedienstete, die Vertreterin der Presse sowie die Zuschauer. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschuss fest.

Anschließend nahm **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** die Verpflichtung der neuen stellvertretenden sachkundigen Bürger Martina Czervan-Quintana Schmidt und Pascal Rick vor.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltungen richten zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2020**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales vom 04.02.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 **Offene Ganztagsgrundschule
hier: Satzung über die Erhebung von Teilnahmebeiträgen**

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie eine Satzung über die Erhebung von Teilnahmebeiträgen für offene Ganztagsgrundschulen ausdrückliche begrüße. Sie merkte an, dass sie auch im Bereich der verlässlichen Vormittagsbetreuung in der ersten Stufe eine Beitragsfreiheit wünsche und verwies auf eine fehlende Beitragsstufe zwischen den Stufen 5 (bis 74.000 €) und 6 (über 86.000 €) für die Offene Ganztagsgrundschule in der Anlage 1 der Beitragssatzung OGS/Vormittagsbetreuung Primarbereich. Sie bat darum, die Anlagen bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu überarbeiten.

Seitens der **CDU-Fraktion** wurde die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Teilnahmebeiträge hinterfragt. Es wurde die Frage aufgeworfen, weshalb der Satzungsentwurf in § 3 auf positive Einkünfte i.S.v. § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommenssteuergesetzes als Bemessungsgrundlage zurückgreife und nicht auf das Nettoeinkommen. Es wurde die Sorge geäußert, ob hier eine Entlastung für die Eltern geschaffen werde und dass die Bemessungsgrundlage zu einer Klagewelle führen könnte.

Die **Verwaltung** erklärte, dass sie bei der Ausarbeitung der Satzung die Satzungen der anderen Städte und Gemeinden im Kreis Heinsberg herangezogen habe. Hierbei würde auf die positiven Einkünfte der Eltern im Sinne des § 2 Absätze 1 und 2 des Einkommenssteuergesetzes abgestellt. Klagen gegen diese Bemessungsgrundlage seien derzeit nicht bekannt. Der vorliegende Satzungsentwurf sei weiterhin mit der Gemeindeprüfungsanstalt abgestimmt. Nach Einschätzung der Verwaltung sei die soziale Komponente bei der gewählten Bemessungsgrundlage hinreichend bedacht, eine Besserstellung durch steuerrechtliche Beratung solle vermieden werden. Dennoch werde sie im Nachgang zur Sitzung die aufgeworfene Fragestellung zur Definition des Einkommensbegriffs prüfen. Weiterhin erklärte sie, dass sie die redaktionellen Fehler in der Anlage beheben werde. Auch werde sie mit der AWO abklären, ob eine Beitragserhebung für die Verlässliche Vormittagsbetreuung erst ab der Beitragsstufe 2 erfolgen könne.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs verwies auf die Beratungsfolge der Sitzungsvorlage und schlug vor, den Tagesordnungspunkt aufgrund der noch offenen Fragen ohne Beschlussempfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen. Er bat die Verwaltung um schriftliche Beantwortung der offenen Fragen.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussempfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

3 Straßenbenennungen in Marienberg

Auf Nachfrage der **SPD-Fraktion** informierte die **Verwaltung** über die beiden Persönlichkeiten, nach denen die Straße und der Weg benannt werden sollen.

Beschlussempfehlung:

Die geplante Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 124 Musikschule soll zukünftig folgenden Namen tragen:

Pater-Bertram-Weg

Der Weg von der Schulstraße zur Hügelstraße am Vereinshaus vorbei soll folgenden Namen erhalten:

Pastor-Hermann-Poll-Weg

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

4 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

5 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Die **Verwaltung** informierte, dass aufgrund der Entscheidung des Landes NRW sowie der Spitzenverbände auch für den Monat Mai 2020 keine Elternbeiträge im Bereich der Kindergärten und Ganztags- und Betreuungsangebote der Schulen entrichtet werden sollen. Hierzu bedürfe es noch einer Entscheidung des Rates.

Anfragen:

1. Anfrage der SPD-Fraktion:

Auf Anfrage der **SPD-Fraktion** berichtete die **Verwaltung**, dass im Bereich der Grundschulen die Notbetreuung gestartet sei und alle Grundschulen darauf vorbereitet seien, die Viertklässler zu beschulen. An der Realschule seien die Zehntklässler seit dem 23.04.2020 wieder in der Schule, an der Willy-Brandt-Gesamtschule und dem Carolus-Magnus-Gymnasium fände Unterricht für die Abiturienten statt. Seit dem 27.04.2020 würde an der Willy-Brandt-Gesamtschule auch wieder der Unterricht für die Zehntklässler stattfinden. Eine Ausweitung auf die Schüler der Klassen 9 und 12 sei von der Schulleitung angedacht.

Schulleiter Heeg berichtete über die hohen Hygieneanforderungen und die durchgeführten Maßnahmen in den Klassen zur Sicherstellung der vorgeschriebenen Abstände. Durch die vorgegebenen Abstände seien die Raumkapazitäten schnell ausgeschöpft. Er wies auf die Auflagen für das Lehrpersonal und die schwierige Personalsituation hin. Viele Lehrer würden zur sogenannten Risikogruppe zählen und nicht unterrichten dürfen. Abschließend hielt er fest, dass eine gute Kommunikation auf allen Ebenen grundlegend für die erfolgreiche Wiedereröffnung der Schulen sei und allen bewusst sein müsse, dass die jetzige Situation die neue Normalität sei.

Schulleiter Dr. Münstermann lobte die Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Er berichtete, dass am Carolus-Magnus-Gymnasium seit vor den Osterferien Internetunterricht praktiziert werde und so auch die 20 % der Lehrer, die der Risikogruppe angehören, unterrichten könnten. Etwas problematisch sei der aktuelle Internetanschluss mit einer Bandbreite von 16 Mbit, daran werde jedoch schon gearbeitet. Auch er thematisierte den gestiegenen Raumbedarf aufgrund der vorgeschriebenen Abstände. Er benötige beispielsweise 40 % Fläche eines Containers für eine Stufe.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs hielt fest, dass der digitale Unterricht an den Grundschulen schwieriger zu handhaben sei, als an den Weiterführenden Schulen und individuelle Lösungen weiterverfolgt werden müssten. Im Nachgang zu Corona sollten die Dinge, die gut gelaufen seien, zusammengetragen werden.

Durch die Ausführungen der Schulleitungen hatte sich die zweite Anfrage der SPD-Fraktion erübrigt.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs schloss um 18.00 Uhr die öffentliche Sitzung. Es lagen keine Punkte für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor.

Dr. Derichs
Ausschussvorsitzender

Gündling
Schriftführerin